Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 1

Artikel: Die Suche nach einem neuen Lebensstil
Autor: Aeschbach, Karl
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337014

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

37. JAHRGANG
JANUAR 1958
HEFT 1

ROTE REVUE

KARL AESCHBACH

Die Suche nach einem neuen Lebensstil

Seit über Hiroshima die erste Atombombe zur Explosion gebracht wurde, hat es nicht mehr aufgehört, im Gebälk der politischen Ideologien zu knistern. Besonders das liberale Gedankengebäude ist, vom Wurm des Zweifels stark angenagt, immer mehr ins Rutschen und Wanken geraten. Dem Phänomen der Atomspaltung ist mit konventionellem gedanklichem Rüstzeug nicht mehr beizukommen, und plötzlich entdeckte man, daß das «laisser faire – laisser aller» im Bereiche der Atomphysik nicht mehr denkbar ist, daß diese nach neuen Begriffen der Verantwortlichkeit verlangt. Die Erkenntnis, daß die moralische Entwicklung der Menschheit mit der Technik nicht Schritt gehalten hat, ist allgemein. Aufgeschlossene bürgerliche Kritiker ziehen daraus weitere bemerkenswerte Schlüsse, wie etwa Prof. Dr. E. Böhler in seiner Rede, die er am 23. Mai 1957 in Lugano an der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Gewerbeverbandes hielt, und die in den Nummern 2095 und 2102 der «Neuen Zürcher Zeitung» veröffentlicht wurde. Es ist kennzeichnend für die Bedeutung der vor sich gehenden Umwälzung, daß wir heute Feststellungen aus dem Munde liberaler Wissenschafter und Politiker vernehmen, die noch vor wenigen Jahrzehnten «radikal» waren. Heute gehören solche «Ketzereien» schon fast zum guten Ton. Bemerkenswert ist es aber doch, wenn Prof. Böhler feststellt, daß das politische Schicksal der Welt dem bloßen Zufall ausgesetzt sei, weil sich alle beteiligten Gruppen über ihre eigene moralische Vollkommenheit täuschen, und daß darum die Angst der Menschheit vor den verhängnisvollen Perspektiven des Atomkrieges nur zu sehr berechtigt sei. Auch an der Ausrichtung unserer Kultur auf die rationale Beherrschung der Natur wird scharfe Kritik geübt. Auch die Wissenschaft werde dazu benützt, um die Technik auf allen Gebieten zur höchsten Entfaltung zu bringen. *«Um dies zu erreichen, haben wir wiederum das Streben nach einem Maximum an Erwerb vorgeschaltet. So ist schließlich die Steigerung der Technik, der Produktivität und des Lebensstandards zum Maßstab und Ziel des menschlichen Fortschritts geworden.»*

Die Kritik innerhalb des bürgerlichen Lagers geht also schon so weit, daß der Wirtschaftswissenschafter das Streben nach einem Maximum an Erwerb,

SCHWEIZERISCHES SOZIALARCHIV

das die Grundlage der liberalen Wirtschaft bildet, als «eine falsche Richtung, eine grundlegende Täuschung und Fehlrechnung» in unserem ganzen Leben verurteilt. Damit bestätigt er nur die vielen übrigen kritischen Stimmen von pädagogischer, ärztlicher, kirchlicher und intellektueller Seite. Große Änderungen kündigen sich an, und das Suchen nach neuen politischen und gesellschaftlichen Formen geht durch alle Lager. Die Welle der auf uns einstürmenden «Kulturkritik» wird ständig größer; aber in bezug auf das Neue, das die alte morsche Ordnung ersetzen soll, herrscht große Unsicherheit. Die Mehrzahl der Kritiker begnügt sich mit pessimistischen Zeitbetrachtungen, ohne eine andere Lösung als eine Flucht in die Vergangenheit aufzuzeigen. Unter den bürgerlichen Kritikern enttäuschen uns gerade jene, welche die Zeitprobleme am schärfsten zu definieren verstehen, dann durch eine extrem individualistische Stellungnahme, durch ihre oft auch polemisch betonte Ablehnung alles «Kollektivistischen». Auch Prof. Böhler schließt seine erwähnte Rede mit einem Appell an das Individuum ab, «weil eine moralische Wirkung immer nur von Individuen ausgehen kann ... während das Kollektiv von Natur aus in allen seinen Formen amoralisch ist, das heißt nur von seinen Interessen beherrscht wird».

Trotzdem die Kulturkritik in allen Lagern an der Tagesordnung ist, ist von einer wirklichen Umorientierung wenig zu spüren. Es fehlt eine neue gesellschaftliche Konzeption, ein neuer Lebensstil. Der Appell an das Individuum bleibt wirkungslos, solange die gegenwärtige profitgerichtete Ordnung bestehen bleibt, denn diese leistet natürlich allen neuen, entgegengesetzten individuellen Strömungen Widerstand. Wer versucht, die gewonnenen Erkenntnisse in die Tat umzusetzen und das «Streben nach einem Maximum an Erwerb» nicht mitzumachen, wird nicht nur materiell, sondern auch in seinem sozialen Ansehen benachteiligt. Darum sind heute so viele Menschen innerlich unzufrieden, hüten sich aber vor einer offenen Rebellion gegen die Gesellschaftsordnung, weil ihnen das nur persönliche Unannehmlichkeiten eintragen würde. Der Psychologe Erich Fromm sagt über die Moral der herrschenden Ordnung: «Der Mensch hat sich selbst in eine Ware verwandelt und erfährt sein Leben als ein Kapital, das möglichst günstig und gewinnbringend anzulegen ist. Gelingt ihm das, so ist er ‚erfolgreich', und sein Leben hat Sinn; gelingt es nicht, so ist er, wie es heißt, ‚eine Niete'. Sein Wert liegt also in seiner Verkäuflichkeit, nicht in seinen humanen Qualitäten, in Liebe, Vernunft oder künstlerischen Fähigkeiten. Es hängt darum von äußeren Faktoren ab, wie er seinen eigenen Wert einschätzt, von seinem Erfolg, vom Urteil anderer. Darin ist er abhängig von den andern, und seine Sicherheit liegt deshalb im Konformieren, in der Anpassung; er muß darauf sehen, sich nie mehr als zwei Schritt vom großen Haufen zu entfernen.» Alle liberalen Kritiker scheitern daran, daß sie sich weigern, gesamtgesellschaftliche Maßnahmen zur Änderung der Gesellschaftsordnung ins Auge

zu fassen. Ihr Individualismus findet seine Grenze in der wirtschaftlich und gesellschaftlich begründeten Notwendigkeit, sich in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nie mehr als zwei Schritt vom großen Haufen zu entfernen.

Es geht im übrigen unsern schweizerischen Schriftstellern, soweit sie sich überhaupt mit diesen Problemen befassen, nicht besser als den Politikern. Friedrich Dürrenmatt ist zwar ein brillanter Kritiker, aber er weigert sich, zum «Religionsstifter» zu werden, indem er darauf verzichtet, eine Lösung zu geben, die er ehrlicherweise gar nicht geben kann. Max Frisch spricht zwar in der «Chinesischen Mauer» deutlich aus, daß Staatsmänner wie Napoleon einer Zeit, in der das Atom teilbar ist, nicht mehr angepaßt sind, daß wir uns ihre Art, Geschichte zu machen, nicht mehr leisten können. Aber er läßt das Stück mit einer Katastrophe enden, an die sich die Wiederholung der ganzen Farce anschließt, und er läßt uns nur einen kleinen Lichtblick in der am Ende aufkeimenden Liebe. Beide Dramatiker entlassen uns mit nagender Ungewißheit aus dem Theater. Es liegt mir fern, ihnen das zum Vorwurf zu machen; aber während sich die Leistung des Dichters in der aufrüttelnden Wirkung erschöpfen darf, steht der Politiker vor der Notwendigkeit, eine praktische Lösung zu suchen. Es scheint mir angebracht, an dieser Stelle auf einen Schriftsteller hinzuweisen, der hier seit eh und je eine Synthese gesucht hat: auf Jakob Bührer. Sein Bemühen, in allen seinen Werken die Idee eines «Menschheitsbewußtseins» herauszuarbeiten, ist in unserer Bewegung sicher viel zu wenig gewürdigt worden. Wenn auch seine Formulierungen vage und unklar erscheinen mögen – was beim Betreten von Neuland nicht zu vermeiden ist –, so haben wir doch in seinen Werken einen großen Versuch vor uns, einen den sozialistischen Idealen entsprechenden Lebensstil zu finden. Aber er hat sich mit seinen Gedanken offenbar zu weit vom großen Haufen entfernt, was ihm seine Zeitgenossen schlecht gelohnt haben.

Dabei sieht sich heute die Sozialdemokratie vor die unabweisbare Forderung gestellt, die kulturpolitische und ideologische Diskussion wieder viel stärker zu pflegen. Es ist wohl der bisherigen Vernachlässigung dieser Belange zuzuschreiben, daß wir heute für die Begegnung mit neuen Problemen recht unvorbereitet sind. In einer Zeit, da das Denken der großen Masse von einer schweren Unsicherheit erfaßt ist, und da zudem die bürgerliche Führung unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung im großen und ganzen ratlos ist, in dieser Zeit verspüren wir auch unserseits das Fehlen einer neuen gesellschaftlichen Konzeption, einer Antithese zum bürgerlichen Lebensstil. Wir müssen überdies feststellen, daß das politische Interesse der Bevölkerung – zumindest das Interesse für die politischen Parteien – nicht überaus groß ist, und daß in den entscheidenden Fragen eine «Prestige-Abwanderung» von politischen auf neutrale Persönlichkeiten, wie Wissenschafter, Philosophen oder Schriftsteller, stattfindet. Es dürfte jedenfalls kaum einem Staatsmann gelingen, in irgendeiner Sache einen so starken und so weltweiten

Widerhall zu finden wie Albert Schweitzer mit seinem Radioaufruf gegen die Atombombenversuche. Dieser und ähnliche Appelle zwingen die politischen Parteien zu klarer Stellungnahme, zur Formulierung einer neuen Politik.

Es rächt sich heute, daß so mancher sozialistische Funktionär im an sich richtigen Bestreben, auf demokratischem Wege innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung möglichst viel zu erreichen, sich im Laufe der Zeit an diese Ordnung gewöhnt hat und es unterlassen hat, seine eigene Politik immer wieder daraufhin zu kontrollieren, welchen moralischen Richtlinien er dabei folgt. *Auch die sozialistische Bewegung trägt einen Teil der Verantwortung dafür, daß das Streben nach materiellem Erfolg zum Maßstab unseres Lebens geworden ist, denn sie hat bisher zumindest viel zu wenig dagegen getan.* Das Klagelied gewisser Funktionäre, es gehe heute dem Arbeiter und insbesondere der jungen Generation zu gut, ist falsch, denn es hätte zu den Aufgaben eben dieser Funktionäre gehört, rechtzeitig den neuen Lebensstil zu schaffen. Inzwischen haben wir nicht nur einige wertvolle Jahrzehnte versäumt, sondern unsere Aufgabe ist durch die rapide technische Entwicklung, die uns die Atomspaltung gebracht hat, um ein Vielfaches erschwert worden. Es scheint zudem, daß dies unsere letzte Chance sein wird, eine Prüfung, bei der wir auf keinen Fall versagen dürfen.

Worin besteht unsere Aufgabe?

Meines Erachtens liegt eine gewaltige erzieherische Aufgabe vor uns. Die einzelnen Menschen müssen zum Verzicht auf die Befriedigung gewisser, dem Gemeinwohl schädlicher Triebe bewogen werden. Die Spannung zwischen Individuum und Gesellschaft muß auf ein unschädliches Maß reduziert werden, was eine Synthese erfordert, die auch ungefähr dem entsprechen dürfte, was Jakob Bührer als «Menschheitsbewußtsein» bezeichnet. Wir müssen den Gegenbeweis antreten zur Behauptung von Prof. Böhler, daß das Kollektiv seiner Natur nach amoralisch sei, und zu seinem C.-G.-Jung-Zitat, wonach «die Sittlichkeit einer Sozietät als eines Ganzen umgekehrt proportional ihrer Größe ist».

Es geht im Grunde um die Durchsetzung uralter ethischer Gebote. Bis jetzt ist deren Verwirklichung immer wieder daran gescheitert, daß sich der «Gute» durch die Einhaltung dieser Gebote in den Nachteil versetzt sah gegenüber dem «Bösen», der sich über die Moral hinwegsetzte. Sigmund Freud schreibt denn auch bei einer Untersuchung des Gebotes der christlichen Nächstenliebe: «Die Ethik, die sich an die Religion anlehnt, läßt hier ihre Versprechungen eines besseren Jenseits eingreifen. Ich meine, solange sich die Tugend nicht schon auf Erden lohnt, wird die Ethik vergeblich predigen.» Freud fordert denn auch «eine reale Veränderung in den Beziehungen der Menschen zum Besitz», ohne allerdings näher zu umschreiben, wie diese aus-

sehen soll. Immerhin treffen diese wenigen Sätze den Kern der Frage und lassen auch deutlich werden, daß die liberalen Appelle an das Individuum nutzlos bleiben müssen, solange nicht der sittliche Wertmaßstab unserer Gesellschaftsordnung so geändert wird, daß sich die Tugend schon auf Erden lohnt.

Wie eine solche neue Gesellschaftsordnung im einzelnen aussehen wird, darüber ist in einigen früheren Beiträgen zur kulturpolitischen Diskussion von den Praktikern der Politik schon Wesentliches gesagt worden. Der Weg dazu ist uns in der Schaffung von Gegengewichten zur bestehenden Ordnung gegeben. Dabei wird es unser Ziel sein müssen, eine Änderung des gegenwärtig wirksamen Maßstabes der moralischen Werte in der Gesellschaftsordnung zu erzwingen. *Eine sozialistische Gesellschaftsordnung ist meines Erachtens undenkbar, solange das «Streben nach einem Maximum an Erwerb» das vorherrschende Lebensziel ist.* Die Psychologen weisen warnend darauf hin, daß der Mensch unserer Tage vorwiegend konsum-orientiert sei, daß er sich rezeptiv verhalte wie ein Säugling, der immer etwas erwartet und fordert. Erich Fromm schreibt, daß es dem modernen Kapitalismus gelungen sei, einen automatisierten, entfremdeten Menschentyp hervorzubringen: «Es sind Menschen, die reibungslos in großen Gruppen zusammenarbeiten und die außerdem mehr und mehr konsumieren wollen, wobei ihre Bedürfnisse genormt und leicht zu lenken und zu berechnen sein müssen. Er braucht außerdem Menschen, die sich frei und unabhängig fühlen und keiner Autorität, keinem Prinzip und keiner Gewissensinstanz unterworfen, dabei aber bereit sind, sich kommandieren zu lassen, zu tun, was von ihnen erwartet wird, und sich der Gesellschaftsmaschinerie konfliktlos einzufügen – Menschen, die sich ohne Gewalt lenken und ohne Führer führen lassen und die in Bewegung gesetzt werden können, ohne ein anderes Ziel als das, in Bewegung zu sein, zu funktionieren, weiterzumachen.» Die Alternative zu Krieg und roboterhafter Unmenschlichkeit liegt nach der Ansicht Erich Fromms in der Überwindung der Markt- und Konsumorientierung, in der Gewinnung einer selbständigen, produktiven, tätigen Einstellung.

Diese Einsichten sind nicht neu. Sie liegen den meisten Bestrebungen der heutigen Erwachsenenbildung zugrunde und sind auch immer wieder Gegenstand von Appellen an den einzelnen. Aber die auf diesem Wege erzielten Erfolge werden immer ungenügend sein, solange nicht unter den großen wirtschaftlichen und politischen Organisationen eine grundsätzliche Opposition gegen die landläufige gesellschaftliche Moral erwächst. Eine solche oppositionelle Bewegung müßte sich allerdings nicht nur in der Ablehnung des Profit- und Erfolgstrebens einig sein, sondern auch über eine brauchbare Konzeption verfügen, die diesen Lebensstil dann ersetzen soll. *Haben wir als Sozialisten eine solche Konzeption vorzuweisen?*

Wir und der Wähler

Wie verhält sich aber die Forderung nach einem neuen Lebensstil in Ablehnung der herrschenden gesellschaftlichen Moral, wenn wir sie im Lichte wahltaktischer Überlegungen besehen? Dabei glaube ich, daß wir uns über den möglichen Abfall einiger «verhinderter Kapitalisten» nicht grämen sollten, und daß auf längere Sicht nichts zu verlieren ist. Das entscheidende neue politische Moment – die Atomspaltung – ist bereits da, nur ist es im politischen Alltag noch nicht wirksam geworden, weil sich der Durchschnittswähler über die Auswirkungen dieses neuen Phänomens noch nicht im klaren ist. Trotzdem muß die Politik – und zwar auf allen Ebenen, nicht nur auf der internationalen – den neuen Gegebenheiten jetzt schon angepaßt werden, denn die entsprechende *Verschiebung der Wählerinteressen* hat bereits eingesetzt und wird sich in einigen Jahren viel stärker bemerkbar machen.

Die politischen Diskussionen der letzten hundert Jahre waren weitgehend durch die Frage der Wirtschaftsreform und durch den Kampf um soziale Postulate gekennzeichnet. Im Ringen um soziale Sicherheit fanden auch die grundsätzlichen ideologischen Auseinandersetzungen ihren praktischen Ausdruck. Der materielle Aufstieg war der Maßstab, den die große Masse an die Politik der Parteien anlegte. Die Sozialdemokratie hat sich aus der Erkenntnis heraus, daß ihre ideellen Ziele ohne eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Masse gar nicht zu erreichen wären, von Anfang an für die Sicherung der materiellen Existenz aller Menschen verwendet. Sie hat dabei stets ihr humanes Ziel im Auge behalten, und der deutsche Sozialistenführer Ferdinand Lassalle hat schon vor hundert Jahren, noch in der Frühzeit des Kapitalismus, erklärt: «Ich bin der erste, zu erklären, daß jede soziale Verbesserung nicht der Mühe wert wäre, wenn auch nach derselben die Arbeiter persönlich das blieben, was sie in der großen Masse heute sind.»

Zweifellos verdankt die Sozialdemokratie ihren Aufstieg dem konsequenten Einsatz für die Postulate der sozialen Sicherheit. Ein großer Teil der heutigen Wählermasse, nämlich alle jene, die die große Wirtschaftskrise noch am eigenen Leibe erfuhren, erblicken in der Sozialdemokratischen Partei auf Grund ihrer persönlichen Erfahrungen den besten Garanten für die soziale Sicherheit. Das bedeutet, daß der jahrzehntelange soziale Kampf sich wahlpolitisch wie ein solid angelegtes Kapital auswirkt, das bei jedem Wahlgang wieder seine Zinsen abwirft. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß dieses Kapital durch die ständige Erneuerung der Wahlberechtigten langsam dahinschwindet. Die Krise und die scharfen politischen Auseinandersetzungen der dreißiger Jahre liegen schon um eine ganze Generation zurück, und von der heutigen Wählermasse hat ein beachtlicher Teil keine Krisenerfahrungen mehr.

Dazu kommt, daß die Hebung des Lebensstandards bereits ein beträchtliches Ausmaß erreicht hat, die sozialen Postulate weitgehend verwirklicht

sind. Wenn auch der erfahrene Politiker noch zahlreiche mangelhafte Stellen aufzuzählen vermag, so ist doch für einen großen Teil des Volkes die soziale Sicherheit zum gewohnten Alltag geworden. Besonders die nun in mehr oder weniger geordneten Verhältnissen aufwachsende junge Generation betrachtet die Aufrechterhaltung der materiellen Existenzsicherung als selbstverständlich und erblickt darin auch meist nicht mehr eine besonders zu würdigende Leistung der Arbeitnehmerverbände, die sie als feste Bestandteile der Gesellschaftsordnung – nicht viel anders als etwa die obligatorische Krankenkasse – wertet.

Der dritte und wichtigste Faktor der vor sich gehenden Veränderung besteht aber sicher darin, daß uns die Atomenergie als ein Phänomen begegnet, das alle bisherigen gesellschaftlichen und politischen Begriffe über den Haufen wirft. Die Kernspaltung stellt sowohl den einzelnen in seiner Lebenshaltung wie den Politiker in der Gestaltung der Gesellschaftsform vor ganz neue Kategorien der Verantwortlichkeit, vor eine «letzte Chance». Eine Machtpolitik alten Stils wird zur gefährlichen Bedrohung unserer eigenen Existenz, und auch im Leben des einzelnen wird sein bisheriges Streben nach Macht, Erfolg und Reichtum in Frage gezogen. Darum ist das intellektuelle Leben unserer Zeit durch ein allgemeines Suchen nach neuen Formen, nach einer neuen Politik gekennzeichnet. Noch sind diese Formen nicht greifbar, weshalb sich auch überall eine nicht zu vertuschende innere Unsicherheit breitmacht.

Ziehen wir das Fazit aus diesen Überlegungen, dann erkennen wir, daß zwar vorläufig noch das Verlangen nach sozialer Sicherheit bestimmend ist, einerseits darum, weil die Mehrheit der Wähler noch in alten Bahnen denkt, also vom Kapital der Erinnerungen zehrt, und anderseits, weil die neuen Probleme der gegenwärtigen Weltlage erst von einem kleinen Teil der Menschen wirklich bewußt verarbeitet worden sind. Aber dieses Verhältnis wird sich vermutlich sehr rasch ändern; es kann in zehn, ja schon in fünf Jahren völlig umgekrempelt erscheinen. Immer mehr Menschen, und besonders junge Menschen, wenden sich innerlich von der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung weg und werden Suchende oder doch Unzufriedene. Nicht mehr die Erhaltung der sozialen Sicherheit – die ja ernstlich auch vom Bürgertum nicht mehr gefährdet werden kann und darf –, sondern die Gestaltung der neuen Politik sind Fragen, die in einigen Jahren die Stimmabgabe einer großen Zahl von Wählern entscheidend beeinflussen werden. Die Sozialdemokratie kann schon heute nur noch sehr bedingt von den Zinsen früherer Erfolge leben, weil schon heute die Entscheidung fällt, wem sich der durch die Kulturkritik aufgestörte, unsicher gewordene Wähler in einigen Jahren zuwenden wird.

Die Konkurrenz der politischen Parteien ist nicht nur bei den Postulaten alten Stils sehr groß, sondern auch im Ringen um neue gesellschaftliche und politische Formen. Die Sozialdemokratie hat bei diesem Kampf um die kom-

mende Gesellschaftsordnung gleichzeitig die größten Chancen, aber auch die größte Verantwortung und Aufgabe. *Der eigentliche Kampf um die Verwirklichung einer sozialistischen Ordnung beginnt ja erst jetzt, da die materiellen Voraussetzungen im großen und ganzen gegeben sind.* Dabei sind wir Sozialdemokraten im Grundsätzlichen viel weniger an das Bestehende und Überholte gebunden als die traditionellen, «staatserhaltenden» Parteien. Wir verfügen also bei der Formulierung einer neuen Politik über gewisse Vorteile, die wir aber nur dann richtig ausnützen können, wenn diese in die Zukunft weisenden Arbeiten keinen weiteren Aufschub mehr erleiden. Dabei geht es durchaus nicht nur darum, nicht aus dem politischen Rennen zu fallen, sondern auch um die Vermeidung einer neuen politischen Katastrophe, die vermutlich von der Menschheit gar nicht mehr überstanden werden könnte. Was heute noch eine bloße Unsicherheit ist, könnte sehr gut in einigen Jahren in eine verbreitete (Atom-) Angst umschlagen – eine Situation, die bestimmt neuen Diktatorenlehrlingen rufen würde. Um dies zu vermeiden, muß rechtzeitig auf legalem, demokratischem Wege die notwendige Umgestaltung der Gesellschaftsordnung vorgenommen werden.

Natürlich werden unsere Gegner nichts unversucht lassen, um unsere Aufgabe zu erschweren, sind sie doch gar nicht ernstlich daran interessiert, daß der einzelne sein Erfolgs- und Profitstreben aufgebe, denn dabei würden selbstredend die großen Profiteure mehr verlieren als die kleinen. Eine Gesellschaftsordnung, «in der sich die Tugend schon auf Erden lohnt», müßte ja die Beseitigung jedes Vorrechtes beinhalten, eine Vorstellung, gegen deren «Kollektivismus» sich die finanziell gut fundierten Individualisten des Neoliberalismus energisch zur Wehr setzen. Diese werden auch fortfahren, dem Wähler die Verpflichtungen und Einschränkungen einer «kollektivistischen» Gesellschaft in den schrecklichsten Tönen zu schildern und ihm anderseits das freie Wirtschaftswunderparadies zu versprechen. Das darf uns nicht hindern, den Anforderungen der Zeit Rechnung zu tragen und unserseits die Konsequenzen aus den Erkenntnissen der Psychologen und Philosophen zu ziehen. Wir müssen darüber hinaus durch eine konsequente sozialistische Antithese zur herrschenden Profitmoral auch unsere liberalen Gegner zwingen, Farbe zu bekennen und die Ratschläge ihrer eigenen Kulturkritiker entweder zu befolgen oder zu desavouieren.

Wie soll der neue Lebensstil aussehen?

Hans-Ulrich Amberg hat in Heft 9/10 des Jahrganges 1955 der «Roten Revue» einige Thesen über *unsere Anforderungen an die Gesellschaft* und *unsere Anforderungen an den einzelnen* aufgestellt, von denen ich glaube, daß sie die wesentlichen Unterschiede zwischen einer neuen sozialistischen und der landläufigen, durch bürgerlichen Einfluß beherrschten Lebensführung ausdrücken. Die Thesen Ambergs fordern, daß sich die Sozialdemo-

kratie offiziell zu einem sich solidarisch verhaltenden Menschen als gewolltem Menschenbild des Sozialismus bekennen soll, im Gegensatz zum utilitaristischen homo oeconomicus des Liberalismus. Damit dürfte auch gesagt sein, worin der erste und wichtigste Schritt zur Verwirklichung eines solchen Zieles bestehen sollte: im öffentlichen und immer wieder zu wiederholenden Bekenntnis zu einem Menschenbild, das demjenigen des Liberalismus in einigen entscheidenden Punkten diametral gegenübersteht. Ein solches Verhalten setzt allerdings die Bereitschaft voraus, die eigene Anhängerschaft – soweit sie nur politisch mit uns geht, aber dem menschlichen Kern des Sozialismus indifferent gegenübersteht – zur proklamierten neuen Haltung zu erziehen. Das bedeutet praktisch die Forderung nach einer starken Intensivierung der gesamten kulturpolitischen Tätigkeit, einschließlich unserer eigenen Bildungsbestrebungen, wobei es sich auch hier als unumgänglich erweisen wird, teilweise neue Wege zu suchen.

Von diesen erzieherischen Maßnahmen allein können wir allerdings nicht allzu viel erhoffen, denn wie Freud sagt, wird die Ethik vergeblich predigen, solange sich die Tugend nicht schon auf Erden lohnt. Die von ihm geforderte reale Veränderung in den Beziehungen der Menschen zum Besitz veranlaßt mich, einmal die Verteilung des Besitzes in unserer Gesellschaft nicht vom rein wirtschaftlichen, sondern auch von moralischen Gesichtspunkten aus zu betrachten. Dabei erkennen wir mit Leichtigkeit, daß der liberale Privatunternehmer am Gemeinwohl nur so weit interessiert ist, als dies für seinen Gewinn unerläßlich ist. Grundsätzlich ist seine Haltung also nicht geeignet, um darauf eine Gemeinschaft solidarischer Menschen zu errichten. Es geht also bei der Verteilung des Besitzes auch darum, daß jene Menschen, die die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel besitzen, sich für das Schicksal ihres Nächsten mitverantwortlich fühlen. Von diesem Standpunkt aus gesehen, bilden öffentliches und genossenschaftliches Eigentum bereits heute ein wesentliches Gegengewicht zu dem nur auf seinen Vorteil erpichten Privateigentum. Eine sozialistische Gesellschaft müßte aber durch weitere Vergenossenschaftung oder Vergesellschaftung dafür sorgen, daß die weitere gesellschaftliche Entwicklung nicht mehr von den Interessen einer privaten Minderheit, sondern vom Wohl der Allgemeinheit bestimmt würde. Das Privatkapital müßte in allen wichtigen Produktionszweigen in ein Minderheitsverhältnis versetzt werden, damit die Entwicklung nicht mehr den manchmal mehr zufälligen persönlichen Ambitionen einiger Wirtschaftskapitäne ausgesetzt bleibt.

Unter diesem Gesichtspunkt müssen wir auch die Frage der «Volksaktien» sehen, mit deren Hilfe neuerdings das Bürgertum die sozial aufgestiegenen Arbeiter und Angestellten zu kleinen Kapitalisten heranbilden will. Es ist klar, daß von einer echten Mitsprache dabei nicht die Rede sein kann, sondern daß es sich dabei um eine allerdings gut durchdachte propagandistische und

SCHWEIZERISCHES SOZIAL

psychologische Maßnahme handelt. In dem bisher bekanntesten Falle, nämlich der umstrittenen Privatisierung des deutschen Volkswagen-Werkes, haben allerdings die Arbeiter selber diese Volksaktien abgelehnt. Auf lange Sicht wird aber der Arbeiter, wenn auch nicht im großen Maßstab, zu einem möglichen Kapitalgeber, um den die expansive Wirtschaft wirbt. Aber es wird meines Erachtens dabei unsere Aufgabe sein, durch Förderung des Genossenschaftswesens und ähnliche Maßnahmen den «kleinen Mann» zu einem sich *verantwortlich fühlenden Mitbesitzer* zu machen, und nicht zu einem auf Profit bedachten Kleinkapitalisten.

Unsere wirtschaftspolitische Aufgabe möchte ich also damit umschreiben, daß wir einerseits nach der bestmöglichen Zweckmäßigkeit der gesamten Wirtschaft zu trachten haben und anderseits überall dort, wo das Gemeinwohl auf dem Spiele steht und die gesellschaftliche Verantwortung ebenso wichtig ist wie der wirtschaftliche Nutzen, die Verfügungsgewalt in die Hände sich dem Ganzen verantwortlich fühlender Menschen zu legen, also nötigenfalls eine genügende Kontrolle über den privaten Besitz auszuüben ist. Durch eine Vergrößerung des öffentlichen oder genossenschaftlichen Besitzes sollte es möglich sein, die gesamte Produktion auch ideell auf einen andern Boden zu stellen, indem der Gewinn des einzelnen seines großen Anreizes beraubt werden könnte. Das setzt allerdings voraus, daß dann Staat und Genossenschaften auch wirklich eine nicht auf den Profit ausgerichtete Tätigkeit ausüben.

Ich hege die Hoffnung, daß die in kurzen Zügen geschilderten wirtschaftlichen *und* kulturpolitischen Maßnahmen zusammen einen genügend großen Druck erzeugen könnten, der den Liberalismus zur Anpassung seiner praktischen Politik an seine kulturkritischen Erkenntnisse zwingen würde. Der einseitige Liberalismus alten Stils genügt den neuen gesellschaftlichen Anforderungen schon seit langer Zeit nicht mehr. Die Entwicklung kann nur vorwärtsgehen in Richtung auf eine Gemeinschaft solidarischer Menschen, das heißt: in Richtung auf eine sozialistische Gesellschaftsordnung. Wir haben dabei nichts zu verlieren und alles zu gewinnen – denn Stillstand bedeutet Rückschritt.